

Das Tauziehen um den Nachfolger für IWF-Präsident Michel Camdessus hat die Reformaufgaben ins Rampenlicht gerückt, vor denen der Internationale Währungsfonds in den nächsten Jahren steht. Nicht nur in den USA ist das Unbehagen über die Politik des IWF in den letzten Jahren weit verbreitet – und zwar ungeachtet der Tatsache, daß diese Politik keineswegs vom Sekretariat des Fonds im Alleingang betrieben, sondern letztlich von den großen Mitgliedsstaaten und Geberländern gemeinsam beschlossen wurde. Dieses Unbehagen bezieht sich auf eine Reihe von Entwicklungen, die allerdings von Land zu Land durchaus unterschiedlich gewichtet werden. In den USA hat die vom amerikanischen Kongreß eingesetzte „Meltzer-Kommission“ soeben weitreichende Empfehlungen zur Reform des IWF vorgelegt. Sie sind zwar nicht offizielle Regierungsmeinung und werden auch nicht von allen Mitgliedern der Kommission mitgetragen, dennoch geben sie deutliche Hinweise darauf, welche Richtung der Fonds nach amerikanischer Auffassung künftig nehmen sollte.

Erstens sollten sich die Operationen des IWF auf die Bereitstellung kurzfristiger Liquidität für illiquide, aber grundsätzlich solvente „Emerging Economies“ beschränken. Die Liquiditätshilfen sollten mit einem Strafzins versehen werden, der höher ist als der zuletzt gezahlte Marktzins für Kreditaufnahmen des betroffenen Landes im Ausland, und sie sollten mit Sicherheiten unterlegt werden. Im Gegenzug könnte der IWF im Regelfall auf die detaillierten wirtschaftspolitischen Auflagen verzichten, die in der Vergangenheit immer wieder zu Konflikten und Kontroversen geführt haben – und die häufig dann doch umgangen wurden. Zugleich würde mit der Verteuerung der IWF-Kredite und ihrer Besicherung ein Anreiz beseitigt, den Fonds als „Lender of First Resort“ in Anspruch zu neh-



Hans-Eckart Scharrer

Ein Reformpräsident für den IWF

men. Die explosionsartige Vermehrung der Fondsliquidität durch Quotenauflösetungen und immer neue Finanzierungsfazilitäten – ein Merkmal der Camdessus-Ära – könnte gestoppt oder sogar revidiert werden.

Diese Empfehlung erscheint grundsätzlich sachgerecht, sie ist möglicherweise sogar gegenüber den „Emerging Economies“ vermittelbar. Ob sie auch IWF-intern vermittelbar ist, erscheint schon fraglicher, berührt sie doch das Selbstverständnis des Fonds als Herrscher über reich gefüllte Finanztöpfe und als Weltenrichter über die Wirtschaftspolitik.

Mit der Empfehlung verbunden ist, zweitens, der Rückzug des IWF aus der mittel- bis langfristigen Entwicklungsfinanzierung und aus der Finanzierung von Transformationsprozessen. Im Interesse einer klaren Kompetenzverteilung zwischen IWF und Weltbank erscheint auch dies sinnvoll. Freilich stellt sich die Frage, ob dieser Rückzug auch gegenüber „strategisch wichtigen“ Ländern wie z.B. Rußland gelten soll? Hier waren es in der Vergangenheit vor allem die USA, die trotz ununterbrochener Verstöße der russischen Regierung gegen die wirtschaftspolitischen Auflagen des Fonds und gegen alle Grundsätze „gesunder“ Wirtschaftspolitik im-

mer neue Finanzhilfen durchgesetzt und damit auch andere Länder zu „moral hazard“ verleitet haben.

Nicht vertretbar erscheint die geforderte Beschränkung des „Kundenkreises“ auf die „Emerging Economies“, unter Ausschluß aller anderen Entwicklungsländer. Der Fonds hat eben nicht nur das internationale Finanzsystem zu stabilisieren (hierzu bedarf es keiner Finanzhilfen an ein kleines afrikanisches Land), sondern auch den einzelnen Mitgliedern der Völkergemeinschaft beizustehen, wenn sie von vorübergehenden externen Schocks betroffen werden.

Drittens sollen, so die Meltzer-Kommission, alle Kreditnehmer des IWF – warum nur sie? – zur regelmäßigen und zeitnahen Publikation wichtiger Finanzdaten verpflichtet werden. Der IWF soll, viertens, in Kooperation mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich neue Standards für die Ausstattung von Finanzinstituten mit Eigenkapital und das Liquiditätsmanagement entwickeln und sie auch in den „Emerging Economies“ durchsetzen, um die Häufigkeit von Krisen, die durch den plötzlichen Abzug kurzfristiger Gelder entstehen, zu verringern. Diesen Forderungen ist ebenfalls zuzustimmen. Allerdings bedarf es auch zusätzlicher aufsichtsrechtlicher Standards für Finanzinstitute in Industrieländern. Der anfängliche Enthusiasmus der USA für die Kontrolle etwa der Hedge-Fonds nach dem Fast-Kollaps des LTCM-Fonds ist inzwischen deutlich abgeflaut.

Dem neuen IWF-Chef wird die schwierige Aufgabe zufallen, im Labyrinth zwischen den unterschiedlichen Meinungen und Interessen einen klaren Reformkurs zu formulieren und die internationale Zustimmung dafür einzuwerben. Horst Köhler und dem IWF ist zu wünschen, daß er dafür die konstruktive Unterstützung auch seiner Kritiker erhält.